
Weder sozial noch akzeptabel!

Die heutige Entscheidung des Senats den Tarifabschluss für die Angestellten des Landes nicht zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, bezeichnet Arno Dick (Landesbeamtensekretär von ver.di) als „weder sozial, noch akzeptabel“.

Der Tarifabschluss sieht vor, die Gehälter in zwei Schritten zu erhöhen, und zwar rückwirkend ab 1. Januar 2013 um 2,65 Prozent und ab 1. Januar 2014 um weitere 2,95 Prozent. Diese Tarifeinigung hat die Finanzsenatorin mitgetragen und zwar wohlwissend, dass die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten Bestandteil der Gewerkschaftsforderungen war und ist.

Nun weigert sich Frau Linnert, die Konsequenzen aus dem Tarifabschluss zu ziehen und nutzt die besondere Stellung von Beamtinnen und Beamten aus, um ihnen die notwendigen Einkommenszuwächse nicht zuzuerkennen.

Das dieser Beschluss auch noch als sozial gestaffelt dargestellt wird, ist eine Unverschämtheit, so der Gewerkschaftssekretär.

Der Senatsbeschluss bedeutet selbst für die Beamtinnen und Beamten die noch in den Genuss einer Erhöhung kommen, den Verzicht auf etwa 450 € für 2013 und nochmals ungefähr 515 € für 2014 (A 10, verheiratet Stufe 5). Geld, das fehlt, um Preissteigerung, Mieterhöhungen und Heizkostenanstieg auszugleichen. Und Geld, auf das Beamtinnen und Beamte wegen der guten und notwendigen Arbeit, die sie für die Gesellschaft leisten, einen Anspruch haben.

Die Anhebung für die Besoldungsgruppen A 11 und A 12 um 1% jeweils ab Juli 2013 und 2014 und die komplette Streichung für die höheren Besoldungsgruppen als sozial gestaffelt zu bezeichnen ist zynisch.

„Wir werden den Senatsbeschluss mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen beraten und sind uns sicher, dass er nicht unbeantwortet bleiben wird“.

Quelle: ver.di - Pressemitteilung vom 09. April 2013